

Stadt soll mehr tun gegen Diskriminierung

CDU fordert Kontrolle von Diskobetreibern

VON BERND HAASE

Die Stadt Hannover unternimmt nicht genug gegen Ausländerdiskriminierung an Diskothekentüren. Das jedenfalls findet die CDU-Ratsfraktion und bezieht sich dabei auf ein laufendes Verfahren vor dem Amtsgericht Hannover. Dort fordert ein 28-jähriger Deutscher mit türkischen Wurzeln 1500 Euro Entschädigung von einem Diskothekenbetreiber. Er sei vom Türsteher abgewiesen worden mit der Begründung, man wolle in der Disko nur deutsche Gäste.

„Die Stadt schaut bei diesem Problem seit Jahren tatenlos zu“, sagt CDU-Ratsherr Maximilian Oppelt. Das Ordnungsdezernat sei in der Pflicht, nicht nur auf Eigeninitiative von Betroffenen zu setzen, sondern auch mit städtischen Mitteln tätig zu werden. „Es muss klargemacht werden, dass Diskotheken kein rechtsfreier Raum sind. Das Gewaltmonopol beim Staat liegt und nicht bei irgendwelchen Türstehern“, sagt der Christdemokrat. Er fordert die Stadt auf, regelmäßig Mitarbeiter zur Kontrolle bei Diskotheken vorbeizuschicken. Auch der Einsatz von Testpersonen, etwa städtische Auszubildende, sei möglich. Im Bedarfsfall müsse die Stadt empfindliche finanzielle Strafen bis hin zum temporären Konzessionsentzug verhängen.

An Diskotüren werden Gäste abgewiesen, weil sie alkoholisiert sind oder gegen Kleidervorschriften verstoßen. Das sei auch in Ordnung, findet die CDU. Eine Gästerauswahl dürfe aber keinesfalls anhand der Herkunft vorgenommen werden. Grundlage für Strafverfahren in der Sache ist das vor knapp sieben Jahren in Deutschland inkraft getretene Antidiskriminierungsgesetz. Das jetzige Verfahren ist erst das zweite, das gegen einen Diskothekenbetreiber angestrengt worden ist. Wie groß das Problem generell ist, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Nach Angaben der Ausländerreferenten der Studentenvertretung AStA der Leibniz Uni, Tarcisio Leone, hätten „ausländische Studenten in Hannover generell ein Problem, in Diskos zu kommen“. Die städtische Antidiskriminierungsstelle spricht von acht Beschwerden, die im vergangenen Jahr an sie herangetragen worden sind. se